



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Angebote und Materialien

Außenstelle Erfurt

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Außenstelle Erfurt
Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

Inhaltsverzeichnis

Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)	2
Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Erfurt (IDZ)	3
Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Erfurt	4
Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des BStU	5
Bestand.....	5
Karteien	5
Das Magazin.....	6
Beispiele für die Tätigkeit des MfS im Bezirk Erfurt	7
Konspirative Wohnungen (KW)	7
Definitionen zum Text	7
Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration (IMK/KW)	7
Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)	7
Die KW "Helga Freitag" in Erfurt.....	8
Die KW "Uta Kronenberg" in Erfurt und Weimar.....	11
Grenzsicherung	16
Fluchtversuche	17
"Der Hund war ein echter Kumpel!"	20
Eine Fluchtgeschichte	20
Was war passiert?.....	20
Abkürzungsverzeichnis	22
Angebote für Schulen	25
Seminarfacharbeiten.....	25
Schülerprojektstage.....	25
Theaterworkshop	26
Videoangebot	28
I. Filme des Staatssicherheitsdienstes.....	28
II. Videodokumentationen	28
Vorlagen/Dokumente	30
Fernschreiben des Erfurter Bezirkschefs Josef Schwarz an den AfNS-Leiter Wolfgang Schwanitz, 4. Dezember 1989	31
Wappen des MfS	32
Hauptdaten zu Entstehung, Entwicklung und Ende des Ministeriums für Staatssicherheit	33
Zugangsmöglichkeiten für Forscher zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	38
Eine Auswahl der lieferbaren Titel aus der Publikationsreihe der Behörde, Stand 2011	39
Verwendete Literatur	43

Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)



Das Gebäude der Außenstelle Erfurt

Nachweis: BStU, Außenstelle Erfurt

BStU, Außenstelle Erfurt

Petersberg Haus 19

99084 Erfurt

Telefon: (03 61) 55 19-0

Fax: (03 61) 55 19 47 19

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 8.00–17.00 Uhr

Freitag: 8.00–14.00 Uhr

Außenstellenleiter: Herr Brunner

Anreise mit dem Auto:

Aus Richtung West kommend:

A 71, Abfahrt Erfurt Bindersleben – Richtung Flughafen/Erfurt-Zentrum; über das "Binderslebener Knie" geradeaus bis Biereystraße; erste Querstraße (Petersberg) rechts abbiegen und der Ausschilderung folgen.

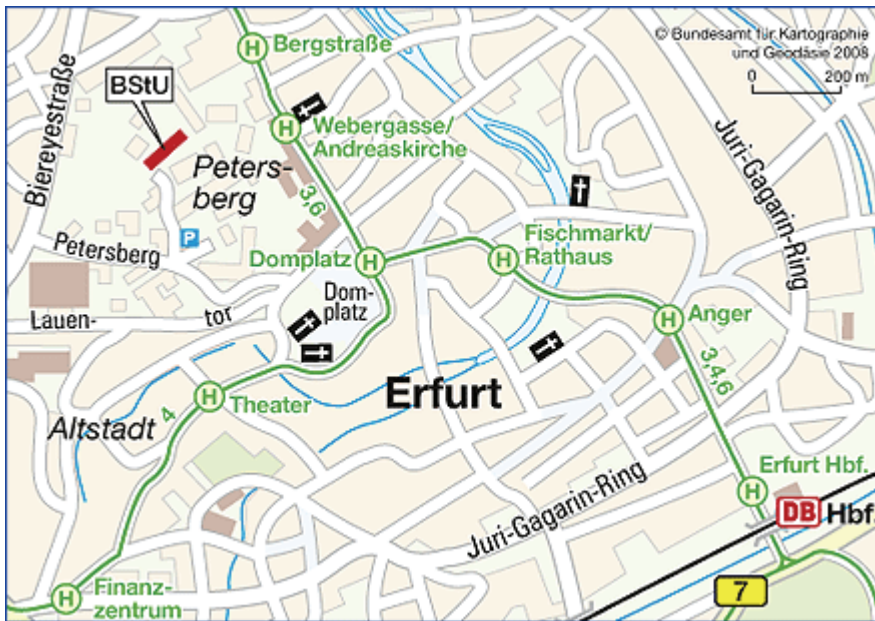
Aus Richtung Ost kommend:

A 4, Abfahrt Erfurt-Ost – Richtung Urbicher Kreuz; am Schmidtstedter Knoten rechts Richtung Talknoten; dann Bergstraße und Biereystraße; vor dem Bundesarbeitsgericht links einbiegen und der Ausschilderung folgen. Für Besucher stehen kostenlose Parkplätze vor dem Gebäude der Außenstelle zur Verfügung.

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Straßenbahn

Vom Hauptbahnhof mit den Straßenbahn – Linien 3, 4 und 6 – bis Haltestelle Domplatz

Lageplan:

Lageplan der Außenstelle Erfurt

Nachweis: www.bstu.bund.de**Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Erfurt (IDZ)**

Das IDZ bietet die Möglichkeit, sich kostenfrei zum Thema Stasi im ehemaligen Bezirk Erfurt zu informieren.

Es wurde im Dezember 1996 durch den damaligen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Joachim Gauck, als Bildungsstätte in der Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt, eröffnet. Besuchern steht das IDZ täglich von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr zur Verfügung. Der Eintritt ist frei.

Führungen sind nach Voranmeldung möglich.

Die Dauerausstellung "**Sicherungsbereich DDR**" im IDZ informiert anhand von Schautafeln, Ausstellungsstücken, Musterakten sowie Film- bzw. Tonaufnahmen über Struktur, Arbeitsweise und Geschichte des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Gezeigt werden unter anderen die "Werbung" eines Inoffiziellen Mitarbeiters mit Feindverbindung (IMB), die Chronik eines Fluchtversuches mit einem selbstgebauten Fluggleiter und die Bearbeitung von Erfurter Künstlern im Operativen Vorgang "Collier".

Im Bereich vor dem IDZ informieren Schautafeln über Aufgaben, Struktur und Rechtsgrundlagen der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU).

Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Erfurt

Am 4. Dezember 1989 wurde in Erfurt die erste der 15 Bezirksverwaltungen (BV) des Staatssicherheitsdienstes von Bürgern besetzt. Auslöser waren die schwarzen Rauchwolken, die über dem Gebäude in der Andreasstraße deutlich erkennbar aufstiegen.¹ Für die Einwohner Erfurts lag die Vermutung nahe, dass Akten und andere Unterlagen vernichtet wurden. Diese Aktion erwies sich als Initialzündung zur Besetzung aller weiteren Dienststellen des MfS. Die ersten Mutigen waren die Mitglieder des Arbeitskreises "Frauen für Veränderung", die gegen diese Vernichtung aktiv wurden. Sie besetzten zuerst die Ein- und Ausgänge und hielten neben mehreren Pkw auch Lkw und ein Müllauto an und ließen die Tore mit den Fahrzeugen verbarrikadieren.

Nach zähen Verhandlungen mit dem diensthabenden MfS-Offizier trafen ein Militärstaatsanwalt sowie zwei weitere Staatsanwälte ein und berieten mit dem Leiter der Bezirksverwaltung und Vertretern der Bürger das weitere Vorgehen. Als erstes wurde beschlossen, einer Delegation von zehn Bürgern den Zutritt zu gestatten.² Nach einiger Zeit drängten weitere 200 Personen in das Gebäude.

Sie fanden in den Wirtschaftsräumen eine Kohlenheizung, die im "Spannungsfall" die installierte Gasheizung ersetzen sollte. Um den Ofen herum lagen Aktendullis³, leere Aktenordner, zerrissene Papiere und Asche.⁴ In einem anderen Raum stand eine Verkollerungsanlage, in der Papier in großen Trommeln vermahlen und mit Wasser zu einem Brei vermengt wurde.

Nach mehreren Inspektionen des Gebäudes wurden die Aktenräume versiegelt und eine unabhängige Kontrollgruppe aus engagierten Bürgern gebildet. Deren vorrangige Aufgabe war die Sicherung der Akten als Beweismaterial in Zusammenarbeit mit dem Militärstaatsanwalt. Im Dezember 1989 konstituierte sich aus diesen engagierten Bürgern das Bürgerkomitee, welches diese Aufgaben langfristig wahrnahm. Allerdings hatten Mitarbeiter der Stasi noch bis Ende Dezember Zugang zu ihren Arbeitsplätzen. Damit bestand weiterhin die Möglichkeit, Unterlagen verschwinden zu lassen, ehe die Stasi aufgelöst wurde.

Im Zuge der Sicherstellung wurden die Akten von mehreren Personen gesichtet, umgeräumt, vermischt und notdürftig gelagert. Die Akten wurden schließlich, im Rahmen der Amtshilfe, durch Mitarbeiter des Thüringischen Staatsarchivs Weimar⁵ nach archivischen Gesichtspunkten gekennzeichnet und geordnet. In der Untersuchungshaftanstalt des MfS lagerten viele Akten ungeordnet und unter schlechten Bedingungen. Sie waren dort aus den verschiedenen Kreisdienststellen (KD) deponiert worden.⁶ Die Akten enthielten u. a. personenbezogene Informationen von etwa 200 000 Einwohnern des Bezirks Erfurt. Dazu kamen Auswertungen, Berichte, Anweisungen und Richtlinien für die innere Verwaltung der Staatssicherheit. Die Umlagerungen wurden unter Anleitung der Archivare des Staatsarchivs und ständiger Kontrolle durch das Bürgerkomitee durchgeführt. Allerdings ergaben Stichproben, dass das Aktenmaterial schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vollständig war. Als erste Maßnahme zur Erschließung wurden die Unterlagen aus den Büros von Müll und anderen Fremdkörpern gereinigt und in Listen erfasst. Durch die Art der "Übergabe" der Akten aus den Büros der MfS-Mitarbeiter gab es keine Übersichten des strukturellen Aufbaus oder an-

¹ Vgl. Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt – Zeitzeugenberichte. Hg: TLStU; Gesellschaft für Zeitgeschichte. Erfurt 2004.

² siehe auch Kopiervorlage: Fernschreiben von J. Schwarz.

³ Plastikteile zum Auffädeln von gelochten Seiten.

⁴ Vgl. Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei; Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000, S. 96 ff.

⁵ In der Archivorganisation der DDR war es ab 1965 Thüringisches Staatsarchiv für den Bezirk Erfurt (mit unterstellten Historischen Staatsarchiven bzw. Außenstellen Altenburg, Gotha, Greiz) und firmiert nach der Neugründung des Freistaates seit 1991 als Thüringisches Hauptstaatsarchiv.

Vgl. www.thueringen.de/de/staatsarchive/weimar, 20.8.2008.

⁶ Vgl. Stein, Eberhard: Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen. MfS und SED im Bezirk Erfurt. Hg. BStU (BF informiert Nr. 22). Berlin 1999.

dere Hilfsmittel. Dagegen kann man auf die vom MfS archivierten Akten über Personendaten zugreifen.

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des BStU

Der Zugang zu den Unterlagen des ehemaligen MfS ist durch das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vorgegeben. Das StUG trat am 29. Dezember 1991 in Kraft und wurde seitdem mehrmals novelliert. Es regelt den Umgang mit der Überlieferung des MfS und auch die Herausgabe von Material, das sich das MfS widerrechtlich angeeignet hatte⁷, z. B. Fotos, Briefe und persönliche Dokumente. Das StUG ist ein Verbotsgesetz⁸ mit Erlaubnisvorbehalt, d. h., gestattet werden nur die im Gesetz genannten Möglichkeiten der Nutzung (Verwendungszwecke) von Unterlagen, z. B. Akteneinsicht, Rentenangelegenheiten, Forschungsvorhaben usw. Darüber hinaus ist das StUG ein "Vorranggesetz", d. h., es bricht in bestimmten Fällen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes. Das Gesetz erlaubt dem Einzelnen Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gesammelten Informationen und ermöglicht die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Es steht im Gegensatz zum Bundesarchivgesetz, das den Zugang zu Informationen über noch lebende Personen verwehrt. Das StUG gestattet auch, dass öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen die erforderlichen Informationen für die in diesem Gesetz genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Zugleich trägt es dem Schutz der Persönlichkeitsrechte noch lebender Betroffener Sorge.

Bestand

Die Gliederung der Teilbestände orientiert sich an der Organisationsstruktur des MfS. Grundsätzlich sind dabei zwei Unterlagengruppen zu unterscheiden. Zum einen gibt es Schriftgut, das bereits vom MfS archiviert und in der Abteilung XII (Auskunft und Speicher) verwahrt worden ist. Es handelt sich dabei vorwiegend um personenbezogene Akten, die über die Vorgangskartei F22 zugriffsfähig sind (ca. 2 000 lfd. M.) Darunter befinden sich auch Akten von Staatsanwaltschaften und des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei. Der zweite Teil des Archivgutes setzt sich aus jenen Unterlagen zusammen, die im Jahr 1989 noch in Bearbeitung waren und bei der Besetzung in den Dienstzimmern der MfS-Mitarbeiter sichergestellt wurden. Die Unterlagen aus den Büros der BV und den KD sind fast vollständig erschlossen.

Ein Teil der überlieferten Unterlagen war vom MfS zur Vernichtung vorgesehen und manuell zerrissen worden. Diese Unterlagen befinden sich zurzeit in 300 Säcken in der Außenstelle Suhl. Gegenwärtig läuft ein Projekt zur IT-gestützten virtuellen Rekonstruktion dieser vorverrichteten Unterlagen.

Schließlich ist zu erwähnen, dass in den verschiedenen Teilbeständen auch eine Vielzahl spezieller Informationsträger enthalten waren, beispielsweise 1 986 Tonträger, 21 Magnetplatten, 25 Videos, 12 Filme und 253 Disketten verschiedener Modelle und Standards. Zudem fanden sich ca. 50 000 Positive, Negative und Dias.

Karteien

Ein wesentlicher Teil der Überlieferung sind die umfangreichen Karteien des MfS. Auf ca. 600 lfd. M., das sind ca. 2,5 Mio. Karteikarten, wurden von der Staatssicherheit ca. 1,1 Mio. Personen erfasst. Die Karteien fungierten einerseits als Findhilfsmittel, andererseits wurden Informationen zu Personen aufgezeichnet, für die nicht immer Akten angelegt wurden. Es wird unterschieden zwischen zentralen und dezentralen Karteien: Je nachdem, ob sie von der Abt. XII des MfS bzw. in der BV Erfurt oder den Kreisdienststellen oder Abteilungen des MfS angelegt und geführt wurden.

Die Karteien dienten als Hilfsmittel der Abteilungen und Kreisdienststellen. Sie verweisen zum Beispiel auf Erfassungen in der Zentralen-Personen-Datenbank, dem Computerspei-

⁷ §1, Abs. 1, 2 StUG, Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes.

⁸ Das meint: Was nicht im Gesetz genannt ist, ist verboten.

cher der Stasi und auf Strafsachen in der Justizkartei. Daten zur Postüberwachung findet man in der sogenannten M-Kartei (Abt. M Postkontrolle).

Das Magazin

Die Archivalien sind in zwölf Magazinräumen in Stand- und Rollregalen untergebracht. Der Umfang beträgt ca. 5 000 laufende Meter. (lfd. M.) Unterlagen aus der Überlieferung der Bezirksverwaltung Erfurt des ehemaligen MfS und der in ihrer Region ansässig gewesenen 13 Kreisdienststellen (KD). Der Bestand umfasst den Zeitraum von 1948 bis 1990.

Die Akten sind in Archivkartons verpackt, um sie vor Licht und Staub zu schützen, da sie unwiederbringliche Einzelstücke sind. Angeforderte Akten werden nummeriert (paginiert), von Metallteilen befreit und auf Vollständigkeit kontrolliert. Werden bei der Paginierung Thermokopien⁹ gefunden, werden Kopien zur Sicherung der Informationen angefertigt und den Akten beigelegt. Wegen der sensiblen personengebundenen Daten wird der Zutritt zu den Magazinräumen restriktiv gehandhabt: Es gilt das "Vieraugenprinzip", d. h. in den Magazinräumen müssen sich immer mindestens zwei Personen aufhalten.

⁹ spezielles Kopierverfahren durch Wärme, die Kopien verblassen mit der Zeit.

Beispiele für die Tätigkeit des MfS im Bezirk Erfurt

Konspirative Wohnungen (KW)

Definitionen zum Text

Konspirative Wohnungen bzw. Zimmer wurden dem MfS von einem Inoffiziellen Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration (IMK/KW) zur Verfügung gestellt, um Treffen zwischen MfS-Mitarbeitern und anderen IM abzuhalten. Die Vorgehensweise, ob erst die Wohnung ausgesucht und dann der Mieter angesprochen wurde oder umgekehrt, war nicht festgelegt.

Dabei mussten Maßnahmen der Geheimhaltung (Konspiration) und Legendierung der Treffs unter Einbeziehung des Wohnungsinhabers eingehalten werden. Eine Legende war ein glaubhafter Vorwand, durch den unbeteiligte Personen über die wahren Ziele und Absichten der Stasi getäuscht werden sollten.

Bevor der Mieter einer geeigneten Wohnung auf eine zukünftige Nutzung als KW angesprochen werden konnte, wurden sämtliche Hausbewohner genauestens überprüft. So kamen auch völlig unbeteiligte Personen in das Visier der Stasi. Der Grundriss der Wohnung wurde beschafft und in Skizzen festgehalten. Die Umgebung des Hauses wurde untersucht. Durch die so entstandenen Unterlagen bekommt man auch heute noch einen realistischen Eindruck von den Lebensbedingungen und den Wohnverhältnissen in der DDR.

Die Konspiration musste insbesondere durch regelmäßige Überprüfungen des Mieters und seiner Familie sowie der Wohnungsumgebung gewährleistet werden. Dabei wurden die Voraussetzungen für die weitere Benutzbarkeit der Wohnung festgestellt. Bei Hinweisen auf Entdeckung oder Gefahren für die Geheimhaltung mussten entsprechende Entscheidungen zur weiteren Nutzung durch den verantwortlichen Offizier getroffen werden. Damit die Geheimhaltung gesichert blieb, wurden nur genau überprüfte und zuverlässige Mitarbeiter in der KW getroffen und die Personenanzahl gering gehalten.

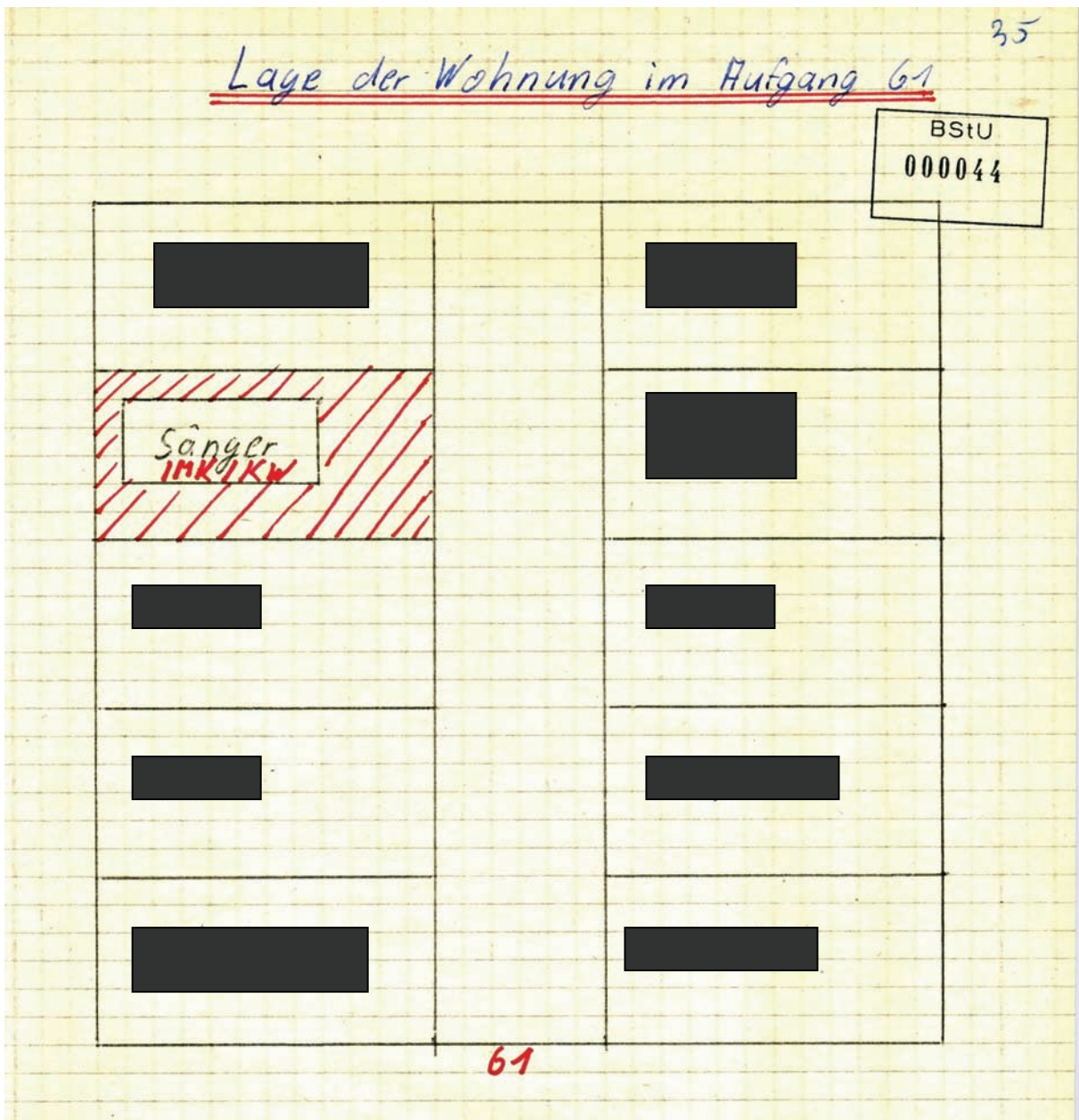
Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration (IMK/KW)

Mitarbeiter des MfS, die zur Sicherung der Verbindungen zwischen inoffiziellen Mitarbeitern und "offiziellen" MfS-Mitarbeitern ihre oder von ihnen verwaltete Zimmer oder Wohnungen zur Durchführung von Treffen zur Verfügung stellten. Dies musste unter strenger Beachtung der Sicherheit und Geheimhaltung geschehen.

Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)

Mitarbeiter des MfS, die aufgrund ihrer allgemein bekannten staatsfreundlichen Einstellung zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS berufen wurden. Er wurde meist zur Einschätzung der politischen Lage und Stimmung und zur entsprechenden Beeinflussung der Bevölkerung eingesetzt. Aufgrund der bekannten regierungsfreundlichen Haltung war der Erfolg des Einsatzes eines GMS nicht immer gegeben.

Die KW "Helga Freitag" in Erfurt¹⁰



¹⁰ Quelle: BStU, MfS, BV Erfurt, KD ERF 367.



Die KW "Helga Freitag" wurde vom MfS vor Kontaktaufnahme mit der Inhaberin auf die zuvor beschriebene Weise untersucht. Der Wohnblock wurde in einen Stadtplan eingezeichnet, die Lage der Wohnung im Haus skizziert und ein genauer Grundriss mit Mobiliar erstellt.

Die Wohnung befand sich in der Ulan-Bator-Straße 61¹¹ in der 4. Etage in einem fünfgeschossigen Neubaublock mit vier Eingängen und war mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Pkw gut zu erreichen. Durch die Lage in einem dicht besiedelten Neubaugebiet war die Geheimhaltung gewährleistet. Die Mieterin galt als politisch zuverlässig, war Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) und mit den übrigen Mietern im Haus nicht näher bekannt. Ursprünglich war sie als GMS geworben worden, weil sie als Ökonomin beim Rat des Bezirks tätig war. Dort sollte sie Entwicklungsschwerpunkte einschätzen, über die Einhaltung der Ordnung und Sicherheit informieren und die im Sinne des Staates positive Entwicklung des Kollektivs beeinflussen. Da sie allein lebte, waren die Voraussetzungen für die Nutzung der Wohnung als Treffpunkt günstig. Schon im Zuge ihrer Tätigkeit als GMS fanden in ihrer Wohnung einige Treffen zur Berichterstattung statt. So waren auch für die Zukunft keine

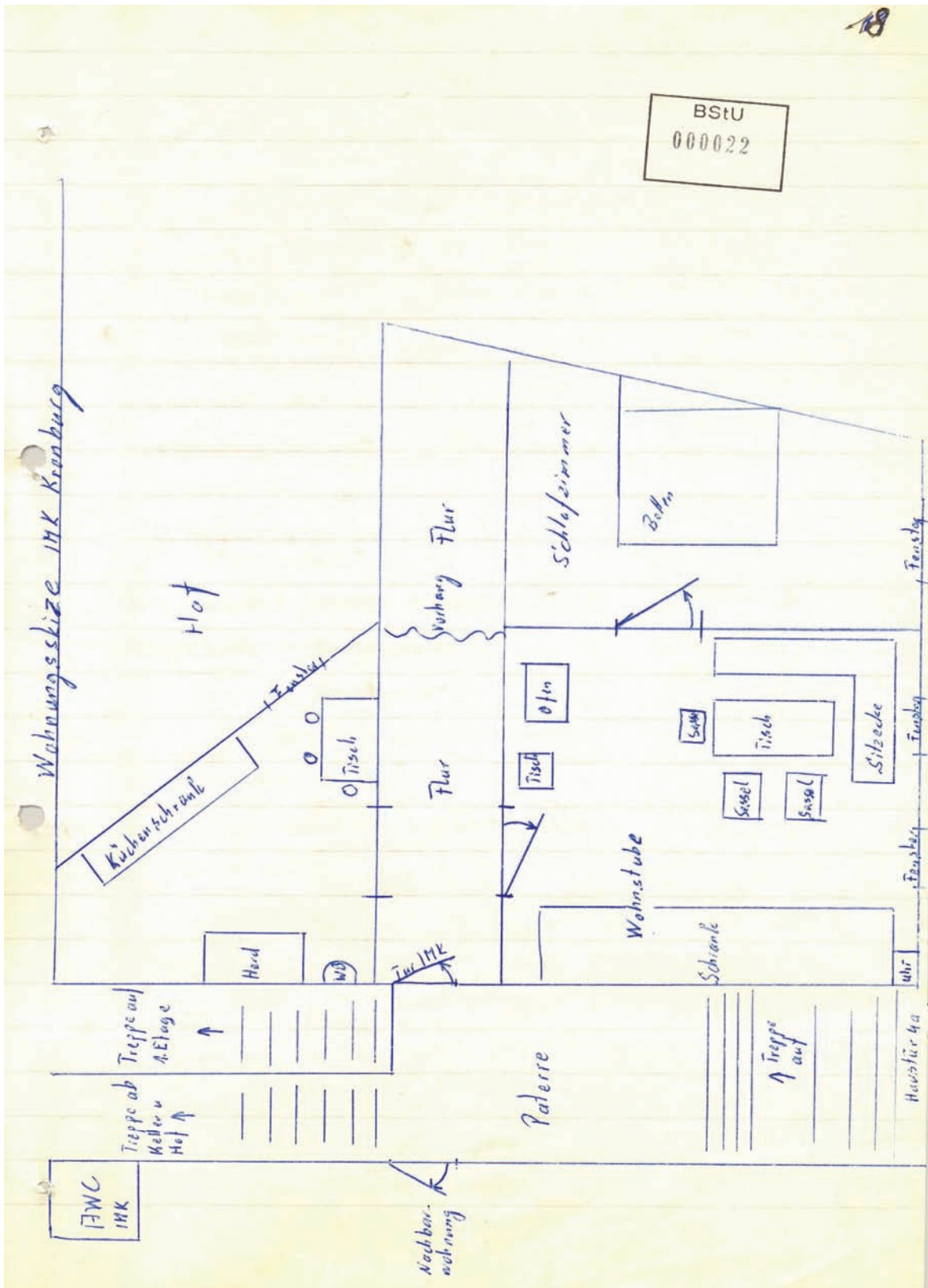
¹¹ Der jetzige Mieter/Nutzer der Wohnung ist, nach heutigem Kenntnisstand, nicht identisch mit dem vorgestellten IM.

Fragen durch Nachbarn zu erwarten. Um die Konspiration zu gewährleisten, wurden alle Bewohner des Eingangs gründlich auf Westkontakte und eventuelle Vorstrafen überprüft.

Die Treffen mit anderen IM sollten bei Abwesenheit der Mieterin durchgeführt werden. Aus diesem Grund wurde vorsorglich unter den Hausbewohnern verbreitet, sie würde Fernstudenten mit ihren Studienunterlagen und Ausarbeitungen unterstützen. An diese Legende wurde auch der vierwöchige Rhythmus der Treffen angepasst. Die Nutzung der Wohnung sollte sich über fünf Jahre erstrecken, in denen eine monatliche "Miete" von 20 Mark gezahlt wurde. Die übliche Wohnungsmiete für eine Dreiraumwohnung im Neubau betrug zu dieser Zeit ca. 86,00 Mark.

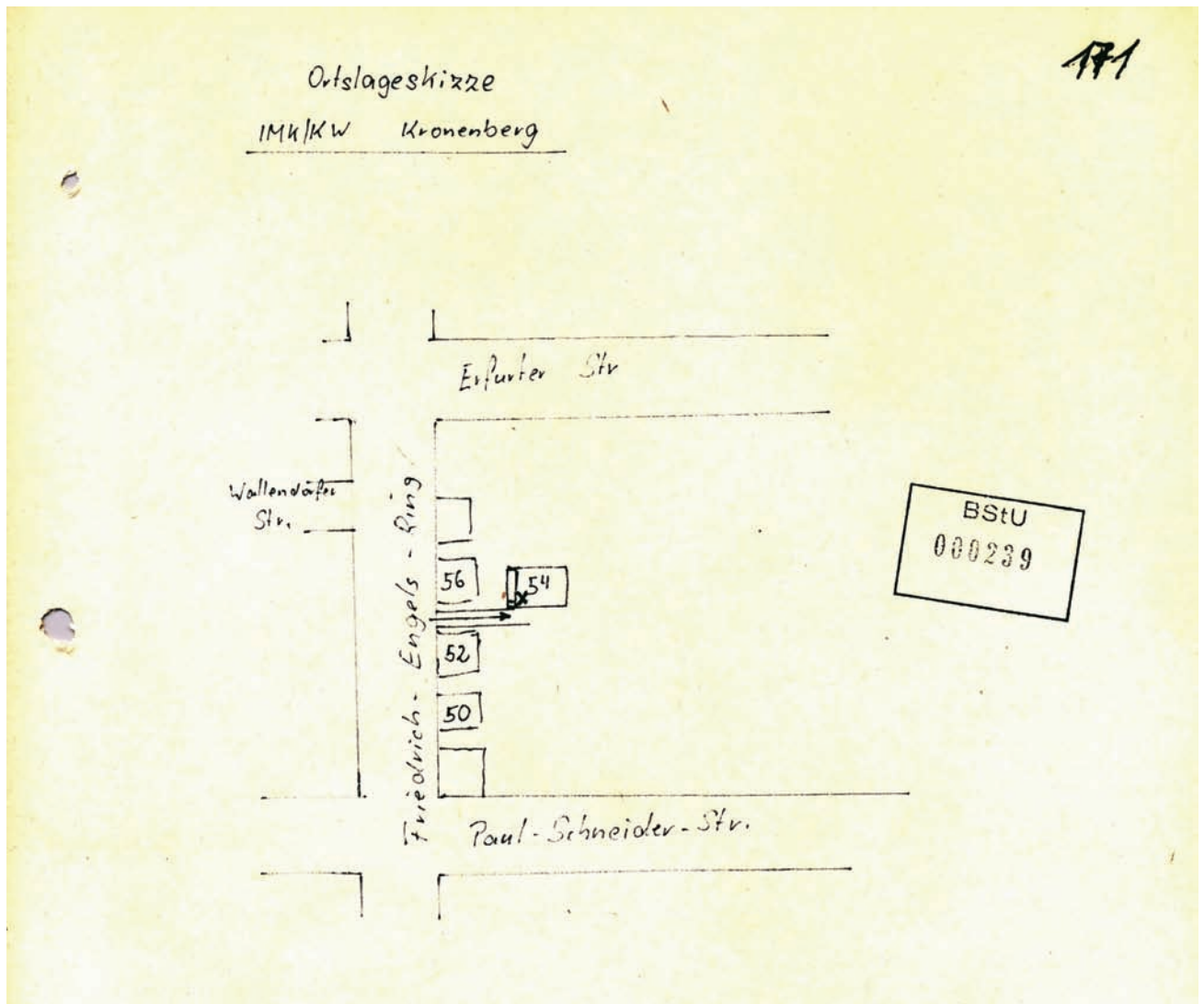
Das Werbungsgespräch, bei dem sich die Mieterin sofort bereit erklärte, ihre Wohnung zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen, erfolgte Anfang 1987.

Die KW "Uta Kronenberg" in Erfurt und Weimar¹²

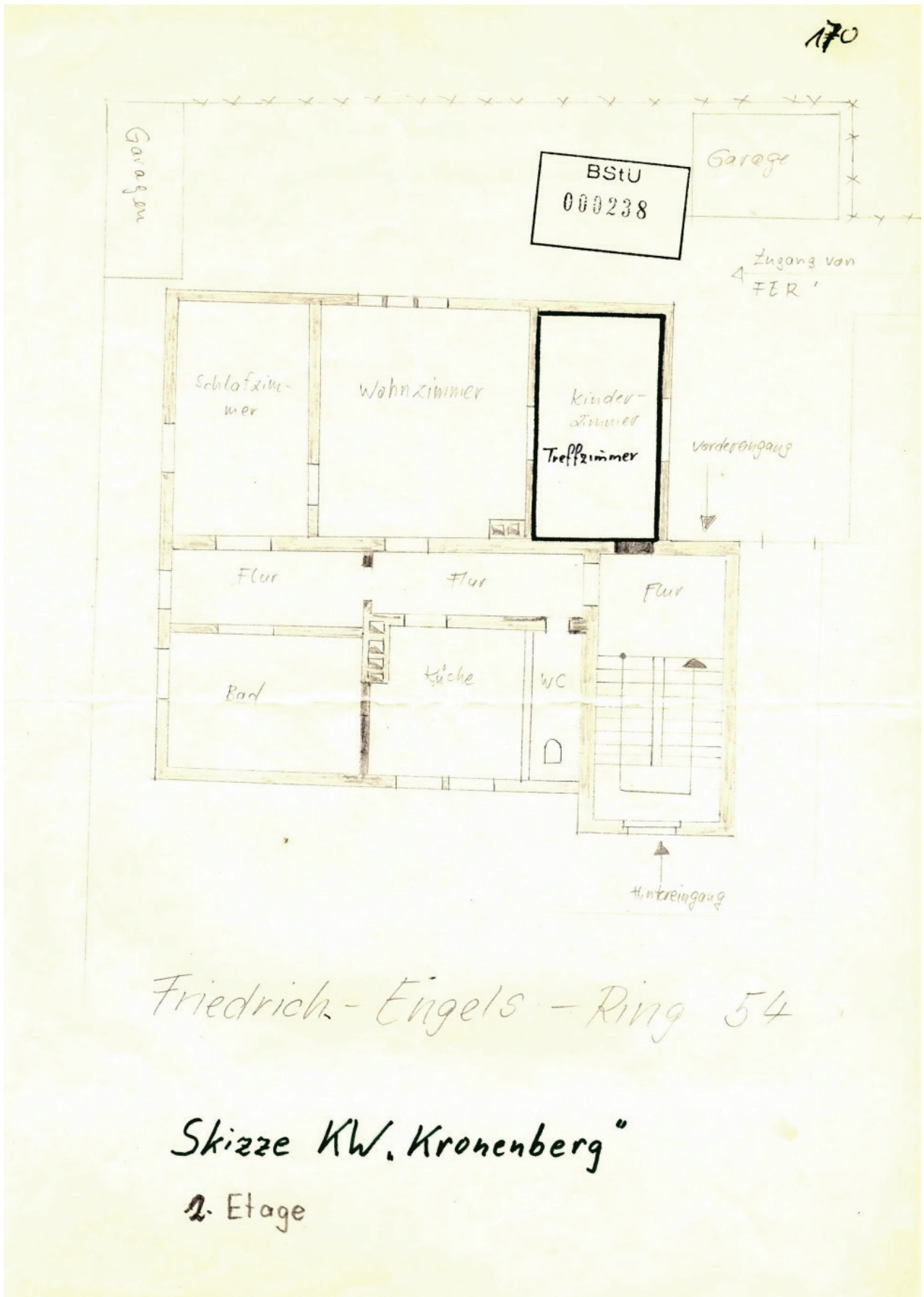


Grundriss der Erfurter Wohnung
 AWC = Außen-WC für mehrere Mietparteien

¹² Quelle: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1715/85.



Lageskizze der Wohnung in Weimar



Grundriss der Weimarer Wohnung

3. Stock links!

[REDACTED], geschieden ¹⁷

[REDACTED]
parteilos



[REDACTED]
(männlich [REDACTED] Jahre)

3. Stock rechts!

[REDACTED]

3 Personen

und Kleinstkind

Mangelnde Informationen, da das Hausbuch nicht eingesehen werden konnte.

Ps.:

[REDACTED] ich konnte das Hausbuch nicht einsehen, da wir so geistreiche Mieter haben, die unqualifizierte Angaben hinein geschrieben haben und der Hausfre Hausvertrauensmann es aus diesem Grund nicht mehr aus der Hand gibt. Ich habe ja nun auch keinen triftigen Grund dafür, warum ich es einsehen möchte.

Hans-Peter

Diese Wohnung befand sich in der Kronenburgasse 4 a in einem Altbau in Erfurt.

Da die gesamte Familie des Mieters¹³ bereits für den Staatssicherheitsdienst konspirativ tätig war und als zuverlässig galt, wurde sie ebenfalls geworben.

Trotz des als staatstreu eingestuften Umgangskreises wurden er, seine Frau und die Hausbewohner gründlich überprüft. Unter anderem wurden die internen Speicher des Staatssicherheitsdienstes durchsucht und inoffizielle und offizielle Beurteilungen und Zeugnisse von den einzelnen Arbeitsstellen der überprüften Personen abgefordert. Nur an das Hausbuch¹⁴ kam man nicht so leicht heran.¹⁵

Begünstigend für die Werbung als IMK/KW wirkte sich auch hier aus, dass das Ehepaar selten Besuch empfing und keinen freundschaftlichen Umgang mit den anderen Hausbewohnern hatte. Nach gründlicher Überprüfung wurden sie bei einem Gespräch in ihrer Wohnung auch gleichzeitig als Inoffizielle Mitarbeiter geworben.

Ziel des MfS war es, die Wohnung des Ehepaars für Treffen zu nutzen und sie gleichzeitig "abzuschöpfen", d. h. Informationen über die Geschehnisse auf den Arbeitsstellen, im Freundeskreis usw. zu bekommen. Er arbeitete als Berufssoldat bei der NVA, sie war im Sonderbaukombinat Wasserbau tätig.

Um dem Staatssicherheitsdienst auch Treffen während der Abwesenheit der beiden zu ermöglichen, erhielt der MfS-Mitarbeiter einen Zweitschlüssel zur Wohnung.

Die Mieter sollten regelmäßig Informationsberichte verfassen, Informationen über bestimmte Personen beschaffen und bei Hinweisen auf geheimdienstliche Aktivitäten bei der NVA sofort Bericht erstatten. Zusätzlich sollten sie während der Treffen der Führungsoffiziere mit anderen IM die Wohnung absichern.

Wenn ein Treffen durchgeführt werden sollte, bereitete die Frau einen Imbiss für den MfS-Mitarbeiter und den IM vor und verließ das Wohnzimmer, den Ort des Treffens. Konnte ein geplantes Treffen nicht stattfinden, wurde das rechte Rollo des Wohnzimmerfensters heruntergelassen. Während eines Treffens durften die Mieter das Wohnzimmer nur mit Genehmigung des MfS-Mitarbeiters betreten.

Als "Miete" wurden dem Ehepaar 60,00 Mark im Quartal gezahlt.

Während der Zusammenarbeit mit dem MfS wurden die Eheleute regelmäßig überprüft und verschiedene IM auf sie angesetzt.

Nach der Entlassung aus der NVA und dem Umzug nach Weimar in die Wohnung Friedrich-Engels-Ring 54 setzte das Ehepaar die Zusammenarbeit mit dem MfS fort.

Im Gegensatz zu der Mieterin der KW "Helga Freitag" wurde das Ehepaar mit der Zeit immer zielgerichteter zu Beobachtungs- und Überwachungsdiensten eingesetzt. Dies wurde mit Geld- und Sachgeschenken honoriert. Als "Miete" wurden nun pro Quartal 100 Mark gezahlt.

Die Treffen in der KW wurden Ende 1985 eingestellt. Durch die beengten Verhältnisse in der Dreiraumwohnung nach der Geburt der zweiten Tochter und die zunehmende Auffassungsgabe der fünfjährigen Tochter, war die Geheimhaltung nicht mehr gewährleistet. Allerdings wurde der Wohnungsinhaber weiterhin als GMS genutzt, um über seine Arbeitskollegen zu berichten. Als stellvertretender Leiter der Abteilung Produktion, und somit als Geheimnisträger sollte er für das MfS interessante Hinweise erarbeiten, die Stimmung im Betrieb beeinflussen und Mängel und Missstände aufdecken bzw. beseitigen.

¹³ Der jetzige Mieter/Nutzer der Wohnung ist, nach heutigem Kenntnisstand, nicht identisch mit dem vorgestellten IM.

¹⁴ Hausbuch: Es musste vom Hausverwalter (Hausvertrauensmann) geführt werden und enthielt alle Personendaten der Hausbewohner und deren Besucher aus der DDR und dem Ausland.

¹⁵ siehe Beispiel der Überprüfung der Hausbewohner.

Grenzsicherung

Die Grenze teilte Deutschland und führte teilweise sogar mitten durch Dörfer, z. B. Mödla-reuth. Der Aufbau der Grenze war nicht überall gleich, sondern passte sich an regionale und geografische Gegebenheiten an, und die Sicherungsanlagen wurden ständig ausgebaut. Der "Antifaschistische Schutzwall", so die offizielle Bezeichnung, bestand auch nicht überall aus der "Mauer", sondern über weite Strecken aus:

- Sperrgebiet: Es erstreckte sich über ca. 5 km, durfte nur mit Passierschein betreten werden. Die Bewohner der darin liegenden Dörfer hatten eine Sondergenehmigung, und es durfte sich niemand im Grenzgebiet neu ansiedeln.
- Schutzstreifen: Er lag vor dem Grenzzaun, war ca. 500 m breit, von größerer Vegetation frei geräumt. Er durfte nur mit Ausnahmegenehmigung betreten werden. Die Soldaten hatten den Befehl, Fluchten auf jeden Fall zu verhindern, notfalls auch mit Waffengewalt.
- Grenzsicherungszaun II: Der Zaun war ca. 2,30 m hoch. Er bestand aus Streckmetall und war später auch mit Scheinwerfern versehen. Am oberen Ende befanden sich sogenannte Abweiser (abgeschrägte Metallschienen) mit Stacheldraht und Signaldrähten. Sie lösten bei Berührung Alarm aus.
- Beobachtungstürme: Hier waren zwei Soldaten postiert, die im Schichtbetrieb Wache hielten. Sie waren entlang der Grenze verteilt und garantierten, dass bei Signalauslösung schnell jemand vor Ort war.
- Kolonnenwege: Sie verbanden die Beobachtungstürme miteinander. Das Gebiet zwischen den Zäunen war ab 1961 abschnittsweise mit Erdminen Typ 66 versehen.
- Hundelaufanlage: Ein ca. 5 m breiter und ca. 20 m langer Korridor zwischen den Zäunen. Darin befanden sich freilaufende, abgerichtete Schäferhunde. Sie hatten selten Kontakt mit Menschen und waren bissig.
- Kfz-Sperrgraben: breiter Graben, um Fluchtversuche mit Fahrzeugen zu verhindern.
- Kontrollstreifen: Er war mehr als 5 m breit, lag unmittelbar vor dem Grenzzaun und war von Vegetation befreit und geharkt, um Fluchtspuren erkennbar zu machen.
- Grenzsicherungszaun I: Er befand sich auf der BRD zugewandten Seite und war 3 m hoch. Er war zum Teil mit sogenannten Selbstschussanlagen, SM 70 (Splittermine), versehen.¹⁶

Ab 1971 wurden am Grenzzaun I als letztes Mittel der Fluchverhinderung Selbstschussanlagen angebracht. Obwohl international geächtet, wurden sie erst 1984 abgebaut und die Erdminen bis 1985 gesprengt. Dies gehörte zu den Voraussetzungen für die Bürgschaft der BRD für einen Milliardenkredit zugunsten der DDR.

Noch vor dem Bau der Grenzanlagen wurden von Mai bis Juni 1952 die Grenzgebiete, d. h. die 5 km Sperrzone, konsequent "zwangsausgesiedelt".¹⁷ In Thüringen geschah dies am 5. und 6. Juni 1952, allerdings gab es schon im Mai eine entsprechende Anordnung.¹⁸ In dieser wurde bereits die Einrichtung der 5 km Schutzzone mit 500 m Schutz- und 10 m Kontrollstreifen festgelegt. Ebenso wurde mit dem Bau eines 1,20 m bis 1,50 m hohen Stacheldrahtzaunes begonnen. Die Umsiedlungen geschahen in zwei großen Wellen: unter den Namen Aktion "Ungeziefer" 1952 bzw. Aktion "Kornblume" am 3. Oktober 1961.¹⁹ Dabei wurden die

¹⁶ Vgl. Koop, Volker: „Den Gegner vernichten“: die Grenzsicherung der DDR. Bonn 1996.

¹⁷ Richtlinien für die Organe der deutschen Polizei zum Schutz der Demarkationslinie in der sowjetischen Okkupationszone Deutschlands, 23.8.1947. In: Koop, Volker: „Den Gegner vernichten“. Bonn 1996, S. 414.

¹⁸ Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie, 27.5.1952. In: Koop, Volker: „Den Gegner vernichten“. Bonn 1996, S. 429.

¹⁹ Siehe Befehl 35/61 des Mdl zur Zwangsevakuierung von 3 175 Personen aus dem Grenzgebiet.

als unzuverlässig eingestuft Einwohner der Grenzregionen ohne Vorankündigung von Mitarbeitern des MfS in Begleitung der örtlichen Bürgermeister und Polizei aus den Häusern geholt und innerhalb weniger Stunden auf Lastwagen und Zügen ins Landesinnere transportiert. Sie wussten oft nicht, wohin die Reise ging und konnten nur das Nötigste mitnehmen.

Es wurden zwar Inventarlisten angefertigt mit dem Hinweis, nach erfolgter Umsiedlung könne das bewegliche Gut nachgeholt werden, aber dies war meist unmöglich. So wurden z. B. Bauernfamilien in Neubauwohnungen untergebracht und konnten schon aus Platzgründen ihr Vieh und die Einrichtung der Häuser nicht mitnehmen. Die Entschädigung, die staatlicherseits gezahlt wurde, deckte in den meisten Fällen nicht einmal den materiellen Wert. In den Städten, in die die "Zwangsumgesiedelten" transportiert wurden, war man teilweise nicht auf so viele Neuzugänge vorbereitet, so dass keine oder völlig unzureichende Wohnungen zur Verfügung standen. Oftmals waren die Wohnungen auch viel zu klein, sodass etwa eine fünfköpfige Familie in einer Dreiraumwohnung unterkommen musste, bis eine andere Lösung gefunden wurde. Beruflich sah die Lage ähnlich aus. So wurden Menschen, die ihr Leben in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, auf einmal zu Hilfsdiensten in Fabriken geschickt. Viele Bauern schmerzte es auch, dass zum Zeitpunkt der Umsiedlung die Ernte vor der Tür stand oder in vollem Gange war. Die Kinder der vertriebenen Familien mussten kurz vor oder während der Abschlussprüfungen die Schule wechseln oder sie vorzeitig, dann ohne Abschluss, verlassen. Vertrieben wurden vor allem:

- Gegner des Systems,
- "Ostflüchtlinge" und "Volksdeutsche",
- ehemalige Berufssoldaten der Wehrmacht,
- Leute mit Beziehungen zum "Westen",
- illegale Grenzgänger,
- Kaufleute, Unternehmer, Großbauern, Handwerker, Gastwirte und sonstige freie Berufe, denen Verstöße gegen Bewirtschaftungsvorschriften oder unerlaubte Westverbindungen vorgeworfen werden konnte.

Die Gastwirtschaften und die Bauernhöfe mit Anbauflächen wurden sowohl im Grenzgebiet als auch im übrigen Land von der HO bzw. den LPG übernommen. Die HO war die staatliche Handelsorganisation. Sie betrieb u. a. Kaufhallen, Läden und Gaststätten. Die LPG oder Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft war ein Zusammenschluss aller Bauern unter staatlicher Kontrolle. Diese "Kollektivierung" geschah unter Zwang, sodass es bald keine privat wirtschaftenden Bauern mehr gab.

Fluchtversuche

Trotz der zunehmenden Sicherung der Grenzanlagen kam es immer wieder zu Fluchtversuchen. Allerdings erreichten nur wenige überhaupt die Grenzanlagen. Um ein Beispiel zu nennen: von 200 Fluchtwilligen, die die Fünfkilometerzone erreichten, gelangten zwölf Personen an die Grenze, d. h. in den 500 m Schutzstreifen, und nur fünf schafften dann tatsächlich die Überwindung des Grenzzauns. Viele wurden bereits im Wohnort durch IM "entdeckt" und verhaftet oder dann auf dem Weg ins Grenzgebiet von der Polizei oder den Grenztruppen festgenommen. Ihnen drohte bei Verurteilung wegen § 213 (ungesetzlicher Grenzdurchbruch) nach Strafgesetzbuch der DDR (StGB) eine Haftstrafe von einem bis acht Jahren.²⁰

²⁰ Vgl. § 213, GBl. der DDR v. 2.7.1979.

Der Bundesgrenzschutz informiert



Grenzverlauf zur DDR beachten

Besucher des Grenzgebietes sind großen Gefahren ausgesetzt, wenn sie aus Unkenntnis oder Leichtsinns den Grenzverlauf nicht beachten.

Häufig geschieht dies aufgrund der irrigen Annahme, das Gelände zwischen Grenzverlauf und Grenzsperranlagen der DDR sei Niemandsland.

An der Grenze zur DDR gibt es **kei n N I E M A N D S L A N D ! !**

Der Bundesgrenzschutz und der Grenzzolldienst weisen deshalb eindringlich auf folgendes hin:

1. Die **DDR-Grenzsperranlagen**, insbesondere der Metallgitterzaun, bilden nicht die Grenze zur DDR. Die Anlagen stehen vielmehr in unterschiedlicher Entfernung jenseits der Grenze auf dem Gebiet der DDR.
2. Der genaue Grenzverlauf ist gekennzeichnet durch Grenzmarkierungen. Zusätzlich weisen die vom Bundesgrenzschutz aufgestellten Hinweistafeln: „Halt! Hier Grenze“ auf den Verlauf der Grenze hin.
3. Jeder, der sich im Gebiet unmittelbar an der Grenze zur DDR aufhält, sollte sich deshalb sorgfältig vergewissern, wo die Grenze zur DDR genau verläuft, um sich oder andere nicht in gefährliche Situationen zu bringen.
4. Es wird empfohlen, im Grenzgebiet nur **befestigte Straßen und Wege** zu benutzen. Hier ist der Grenzverlauf besonders gut zu erkennen. Die Grenzsperranlagen der DDR sind von zahlreichen, gesicherten Übersichtspunkten aus gut einsehbar. Fragen Sie die Beamten des Bundesgrenzschutzes, des Grenzzolldienstes oder andere ortskundige Personen nach diesen Punkten.
5. Auf dem Gebiet der DDR gelten andere Gesetzesvorschriften als in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist bekannt, daß die Grenzorgane der DDR bei der Überwachung der Grenze zu größter Schärfe angehalten sind. Wer die Grenze entgegen allen Warnungen überschreitet – wenn auch unabsichtlich oder ganz geringfügig –, begibt sich in Gefahr.

bitte wenden

BGS 648 - 6/89

Quelle: Bundesgrenzschutz

"Der Hund war ein echter Kumpel!"

Eine Fluchtgeschichte

Am Nachmittag des 3. März 1989 meldete die Unterabteilung "Grenzsicherheit" der für die Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen zuständigen Hauptabteilung (HA) I der Bezirksverwaltung (BV) Erfurt per Fernschreiben ein Vorkommnis im Grenzabschnitt der 4. Grenzkompanie Großburschla:

"[...] Am 3. März 1989 um 7:04 Uhr erfolgte eine Dauerauslösung des GSSZ II (Grenzsicherungs- und Signalzaun) im Feld 156, 150 m südostwärts der Grenzsäule 1402, 2 000 m nordwestlich der Ortschaft Schnellmannshausen, Kreis Eisenach im Grenzabschnitt 32, Grenzzug B, Grenzpunkt 177–178.

Durch den eingesetzten Alarmgruppenposten um 07.05 Uhr zur Überprüfung der oben genannten Dauerauslösung wurde um 7.19 Uhr festgestellt, dass ein Lkw, Typ LIAZ mit Sattelaufleger vom Kraftverkehr Eisenach [...] unmittelbar vor dem GSSZ II abgestellt war. Auf dem Auflieger ist ein behelfsmäßiger Ausleger aufmontiert, welcher über den GSSZ II bis ca. 1 m freudwärts vor dem GZ I (Grenzzaun) ausgelegt war. Der Ausleger hat eine Gesamtlänge von 10,75 m. Mit diesem Ausleger wurde die Dauerauslösung des GSSZ II verursacht. [...]"

Was war passiert?

An diesem Tag fuhr Klaus-Peter M.²¹ mit seinem Lkw morgens gegen 6.30 Uhr zunächst durch den Kontrollpunkt "Roter Kopf" der Volkspolizei und anschließend durch einen weiteren Kontrollpunkt der Grenztruppen – nach Vorlage der erforderlichen Passierscheine – ohne Probleme in Richtung Großburschla.



Fahrzeug mit Ausleger auf der Ortsverbindungsstraße Schnellmannshausen – Großburschla direkt am Grenzzaun.²²

Etwa 2 km nordwestlich von Schnellmannshausen (Kreis Eisenach), an einer Stelle, an der die Straße unmittelbar am Grenzzaun verlief, stellte M. den Lkw ab und kletterte auf den Sattelaufleger seines Fahrzeugs. Darauf hatte er eine Art ausfahrbaren Ausleger von über 10 m Länge montiert, der sich auf etwa 20 m ausfahren ließ. M. hatte diese Ausleger-Konstruktion in wochenlanger Arbeit selbst gebaut und schwenkte sie jetzt in Richtung des doppelten Grenzzauns.

²¹ Name geändert.

²² BStU, MfS, BV Erfurt, GA 215, Bd. 2, Bl. 93.

Um beide Zäune überwinden zu können, musste M. den Ausleger ausfahren. Dabei verding sich dieser aber im sogenannten "Y-Abweiser" des Grenzzauns II. Der Ausleger blieb stecken und löste beim Berühren des Zaunes Alarm aus.

Mit einer auf dem Ausleger montierten sogenannten Laufkatze konnte M. nun lediglich den ersten Zaun überwinden. Dann sprang er in den Zwischenraum der beiden Zäune.

Mit dem dort freilaufenden Wachhund der Grenztruppen hatte M. keine Probleme. Die Staatssicherheit vermutete in ihrem Untersuchungsbericht, dass M. den Hund mit der Laufkatze schlug, was zu dessen "Handlungsunfähigkeit" führte. M. selbst bestritt später in einem Brief an seine Exfrau in der DDR diesen Vorfall. M. schrieb:

"[...] Ich habe gehört, dass sich drüben die Leute die bescheuertsten Geschichten erzählen. Man sagt, ich hätte z. B. den Hund an der Grenze getötet. Wenn Dich die Kinder danach fragen, so sage Ihnen bitte, dass das nicht der Fall war. Der Hund war echt super – ein echter Kumpel!! [...]"

Seiner Meinung nach griff der Hund ihn nicht an, da dieser den Geruch der Hündin von M's Mutter witterte. Außerdem sei er mit Hunden aufgewachsen und könne mit ihnen umgehen. Um schließlich noch über den zweiten Zaun zu kommen, entfernte M. das Dach der Hundehütte, lehnte es an den 2,50 m hohen Grenzzaun und kletterte hinüber. Anschließend lief er über den Geländestreifen, der noch zur DDR gehörte, in Richtung Bundesrepublik und war in Sicherheit.

Als an diesem Tag die "Untersuchungsergebnisse zum ungesetzlichen Grenzübertritt" über den Fernschreiber der Stasi-Bezirksverwaltung Erfurt liefen, meldete der "Deutschlandfunk", dass im Bereich des Grenzkommandos Kassel einem 34-jährigen Berufskraftfahrer die Flucht aus der DDR gelungen sei – mithilfe einer selbstgebauten Leiter.

Abkürzungsverzeichnis²³

Abteilung II	Dienst Einheit des MfS – Abteilung Spionageabwehr
Abteilung XX	Dienst Einheit des MfS, zuständig für die Bereiche Staatsapparat, Kirche, Kultur, Untergrund, in Berlin als Hauptabteilung (HA XX) geführt
Abteilung XII	zuständig für die Erfassung und Registrierung von Personen und Objekten in den zentralen Karteien sowie für die Archivierung des Schriftguts des MfS
Abteilung M	Dienst Einheit M – Postkontrolle, selbstständige Abteilung, die Post- und Paketkontrollen sowie Postzollfahndungen durchführte
AfNS	Amt für nationale Sicherheit, Rechtsnachfolger des MfS (17.11.–17.12.1989), Leiter: Generalleutnant Schwanitz
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe, 1975 in den BV des MfS gebildete Dienst Einheit zur Koordinierung von Maßnahmen zur Verhinderung des "ungesetzlichen Verlassens der DDR, der Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels" sowie zur Koordinierung legaler Ausreisen aus der DDR
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Dienst Einheit des MfS
DVP	Deutsche Volkspolizei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EOS	Erweiterte Oberschule (mit Abitur)
EÜ	Ersuchen auf Übersiedlung
FIM	Führungs-IM, 1968 eingeführte Kategorie eines Inoffiziellen Mitarbeiters, in der Richtlinie 1/79 wird die Kategorie definiert als "IM zur Führung anderer IM und GMS ..."
Fw.	Feldwebel
GI	Geheimer Informator, Vorläufer der 1968 eingeführten Kategorie IM
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GÜV	Grenzüberschreitender Verkehr
HA	Hauptabteilung, selbstständige Dienst Einheit im MfS
HA XV	Hauptabteilung für Auslandsaufklärung und Spionage
HO	Handelsorganisation
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung, 1956 aus der HA XV entstanden
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens

²³ Abkürzungsverzeichnis. Hg. Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. 6. Aufl., Berlin 2003.

IMK/KW	Inoffizieller Mitarbeiter, der ein Zimmer oder seine Wohnung zur Durchführung von konspirativen Treffs dem MfS zur Verfügung stellt
IMK/S	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens/Sicherung der Konspiration – mit Richtlinie 1/79 vom 8.12.1979 stärker spezifizierte Kategorie eines IMK
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist
KD	Kreisdienststelle für Staatssicherheit
KP	Kontaktperson
K I	Arbeitsgebiete I der Kriminalpolizei der Volkspolizei (K I). Aufgrund einer teilweisen Übereinstimmung von Aufgabenstellung und Arbeitsmethoden enge Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, wobei dem Staatssicherheitsdienst die Führungsrolle zukam. Es war festgelegt, dass der Staatssicherheitsdienst über Personen, die vom Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei der Volkspolizei inoffiziell genutzt oder "operativ" bearbeitet wurden, einen zentralen Nachweis zu führen hatte. Nach Abschluss solcher Vorgänge waren die dazu geführten Unterlagen im MfS zu archivieren.
KW	konspirative Wohnung des MfS
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Maßnahme A	Telefonüberwachung
Maßnahme B	Wanzeneinbau
Maßnahme D	Videoüberwachung
Maßnahme F	verdecktes und offenes Fotografieren
Maßnahme S	Spurensicherung, Geruchsproben
Mdl	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OG	Operationsgebiet
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PKZ	Personenkennzahl
POZW	politisch-operatives Zusammenwirken, Bezeichnung des MfS für seine Einflussnahme auf andere staatliche Organe, Institutionen und Einrichtungen sowie die Nutzung dort vorhandener Informationen über Personen und Sachverhalte
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (1953–1955)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SM 70	Splittermine 70 – in den 1970er Jahren entwickelt und an der innerdeutschen Grenze eingesetzt
StGB	Strafgesetzbuch
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
SVG	Sicherungsvorgang
TLStU	Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
ÜSE	Übersiedlungersuchen, Übersiedlungersuchender

VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VSH-Kartei	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei – gab es zusätzlich zu den zentralen Karteien in jeder Dienst Einheit des MfS
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe, selbstständige Dienst Einheit im MfS, koordinierte das Vorgehen der operativen Dienst Einheiten im Zusammenhang mit Übersiedlungen

Angebote für Schulen

Die Außenstelle Erfurt bietet interessierten Schülerinnen und Schülern nach Voranmeldung die Teilnahme an folgenden Angeboten an:

- Führungen durch das Archiv und die Ausstellung,
- Vorstellung von Film- und Tonaufnahmen,
- themenspezifische Fachvorträge,
- Schülerpraktika,
- Schülerprojekttag,
- Theaterworkshops.

Seminarfacharbeiten

Die Außenstelle Erfurt bietet interessierten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, innerhalb ihres Seminarfachs ein Thema zu bearbeiten, das der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes dient.

Die dazu erforderlichen Anträge gemäß StUG §§ 32–34 werden kurzfristig bearbeitet. Der Antrag kann formlos sein, sollte aber immer die genaue Anschrift der Schule, die Namen der beteiligten Schüler, den Namen der zuständigen Seminarfachlehrerin/des Seminarfachlehrers und eine detaillierte Beschreibung des Themas enthalten. Für eine schnelle Kontaktaufnahme ist die Angabe einer E-Mail-Adresse von Vorteil.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei der Suche nach einem geeigneten regionalen Thema mit Stasi-Bezug behilflich. Sie kennen die Quellenlage für einzelne Problemkreise. Die betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen Kopien aus MfS-Akten sowie Publikationen des BStU zur Verfügung. Sie garantieren die fachliche und organisatorische Betreuung des gewählten Themas und begleiten die Schüler bis zum Kolloquium.

Schülerprojekttag

Projekttag sind vorwiegend für Schülerinnen und Schüler mit Vorkenntnissen geeignet und gliedern sich in Vortrag, Diskussion, Schülerarbeit (einzeln oder in Gruppen) und Präsentation der Ergebnisse. Pro Tag sind drei bis vier Themenkomplexe von jeweils einer Doppelstunde vorgesehen. Es ist aber auch möglich, die Themen in einem halben Tag oder in zwei Tagen abzuhandeln. Nach Abschluss der Themenkomplexe sollte eine Einschätzung des Projekttag durch die Schüler und Lehrer stehen. Zu allen Themenvorschlägen können Ton- und Filmdokumente und Folien eingesetzt werden.

Themenvorschläge:

1. Die Teilung Deutschlands, Staatssicherheit und Grenzsicherung

1.1. Die Geschichte der Teilung Deutschlands als Vortrag oder Film

- von den Besatzungszonen der Siegermächte zu beiden deutschen Staaten,
- Ursachen und Folgen des Mauerbaus,
- die Reiseproblematik.

1.2. Aufgaben des MfS zur Sicherung der Grenze und zur Verhinderung von Fluchten

- Struktur und Arbeitsmethoden des MfS,
- die Rolle der Abteilungen VI, IX und der Zentralen Koordinierungsgruppe bei der Verhinderung von Fluchten.

1.3. Fluchtschicksale

- politische und moralische Aspekte von "Republikfluchten",
- Fluchtgeschichten anhand von Dokumenten oder durch Schilderungen von Zeitzeugen,
- originaler Tonmitschnitt der Vernehmung eines "Grenzverletzers".

2. Das MfS als Geheimpolizei einer Diktatur

2.1. Tätigkeitsfelder des MfS

- Vergleich zwischen MfS und bundesdeutschen Diensten,
- Strukturentwicklung des MfS und die Entwicklung bürgerlicher Grundrechte,
- Arbeitsmethoden,
- Inoffizielle Mitarbeiter,
- das Selbstverständnis der "Tschekisten",
- operative Aktivitäten zur Kontrolle der Bevölkerung.

2.2. Anfang und Ende des MfS

- Die Entstehung des MfS nach sowjetischem Vorbild,
- Wandel der Methoden im Kontext der DDR-Geschichte,
- Massenflucht und Bürgerbewegung,
- Auflösung 1989/1990.

3. Jahre der Aufarbeitung – Die Tätigkeit des BStU

3.1. Unsere Tätigkeitsfelder

- Entstehungsdiskussion,
- Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG),
- Akteneinsicht, Überprüfung, Reha,
- Vorstellung der Bildungsarbeit,
- Kurzzabriss der ethischen Debatten in der Öffentlichkeit.

3.2. Das Archiv als Herzstück der Behörde

- Darstellung des Weges eines Antrages auf Akteneinsicht,
- Erläuterung der wichtigsten Arbeitsmittel (z. B. Karteien),
- die Erschließung der Bestände am Beispiel "Punks in Thüringen",
- Stasi-Unterlagen als zeitgeschichtliche Dokumente,
- Erläuterungen mithilfe von Musterakten.

Theaterworkshop

Grundlage sind drei kleine Theaterstücke, die in der Broschüre "Stasi-Stücke" enthalten sind. Diese wurden von den Mitarbeiterinnen Petra Saar und Marion Wagner nach authentischen Fällen aus Stasi-Akten geschrieben.

In den Stücken geht es um Menschen, die in die Fänge der Stasi gerieten, z. B. die 17-jährige Anne, die eine Trampergruppe bespitzelte. Oder der jugendliche Robert, der zusammen mit seinen Eltern in den Westen wollte und deswegen von der Stasi "bearbeitet" wurde. Dann ist da die Geschichte einer jungen Lehrerin, die sich nicht dem DDR-Schulsystem anpassen wollte und deshalb entlassen wurde.

Die Schüler haben nach einem Überblicksvortrag Gelegenheit, sich mit den Rollen vertraut zu machen und anschließend die Szenen zu improvisieren. Original DDR- und Stasi-Gegenstände finden als Requisiten Verwendung.

Die Workshops finden in der Außenstelle Erfurt auf dem Petersberg statt, auf Anfrage auch in den Schulen. Sie dauern ca. zwei Stunden.

Videoangebot

I. Filme des Staatssicherheitsdienstes

1. Schulungsfilme der Hauptabteilung II (Spionageabwehr)

"Operative Psychologie" 1974, ca. 25 min – Vereitelung eines Grenzdurchbruchs mit Geiselnahme am Checkpoint Charlie am 5. 1.1974

"Wer ist wer?" 1987, ca. 22 min – Darstellung der Notwendigkeit der IM-Überprüfung auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit

"Revisor" 1985, ca. 31 min – Aufzeichnung des prinzipiellen Vorgehens bis zur Festnahme einer verdächtigen Person

"Korrespondenten imperialistischer Massenmedien" 1988, ca. 22 min – Akkreditierte Korrespondenten und deren Berichterstattung über politisches und gesellschaftliches Leben der DDR, ihre Kontakte zu oppositionellen Gruppen im Visier des MfS

2. Observationsvideos

"Der verfassungsfeindliche Verfassungsschutz" 1988, ca. 9 min – Friedensbewegung in der DDR; Aktivitäten in der Zionskirche; Umweltbibliothek; Kooperation westlicher Medien mit "inneren feindlichen Kräften"

"Krieg im Frieden" 1985, ca. 10 Min. - Darstellung friedlichen Lebens und Arbeitens in der DDR; Beurteilung "feindlich-negativer Kräfte" in der DDR; Friedensaktionen der DDR-Opposition

"Dresden Hauptbahnhof, 4.10.1989" 1989, ca. 28 min – Zusammenschnitte der Unruhen

3. Selbstdarstellung des MfS und Traditionspflege

"Auftrag erfüllt" o. Jahr, ca. 35 min – Rückkehr von Christel und Günter Guillaume in die DDR, Begrüßung und Darstellung der Lebenssituation der Guillaumes (unvollständig)

"Kühler Kopf, heißes Herz, saubere Hände" 1967, ca. 23 min – die Kundschafter Horst Hesse und Rolf Ebeling berichten über die Arbeit des MfS (Auszüge)

"Tag der Bewährung" ca. 1980, ca. 35 min – Ausbildung von "Tschekisten" für den Einsatz im "Operationsgebiet"

II. Videodokumentationen

"Volk unter Verdacht. Die Staatssicherheit der DDR". Berlin 2010, ca. 40 min – Ein Film des BStU für den Unterricht

"Aufbruch im Herbst" 1994, ca. 18 min – Impressionen von Januar 1988 bis Dezember 1989, bearb. von Anne Worst i. A. des BStU

"Angst, Misstrauen, Hass" 1996, ca. 45 min – Eine Dokumentation über die Gauck-Behörde von Heribert Schwan, produziert vom WDR

"Mitten durch Deutschland – mitten durch Europa" o. Jahr, ca. 29 min – Beschreibung der innerdeutschen Grenze

"Grenzen und Grenzen" o. Jahr, ca. 30 min – Vergleich der EU-Grenzen der BRD mit der DDR-Grenze

Kontakt:

BStU-Außenstelle Erfurt

Petersberg Haus 19

99084 Erfurt

Tel: (0361) 55 19 47 11

Fax: (0361) 55 19 47 19

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Vorlagen/Dokumente

Fernschreiben des Erfurter Bezirkschefs Josef Schwarz an den AfNS-Leiter Wolfgang Schwanitz, 4. Dezember 1989

"Da die Gefahr einer Eskalation bestand, entschied ich eine Abordnung von zehn Personen zu empfangen, um über das Anliegen dieser Kräfte informiert zu werden und beruhigend auf diese Einfluss zu nehmen. [...] Während dieses Gespräches im Konferenzzimmer des Leiters des Amtes verschafften sich weitere Personen unter Führung einer Frau Dr. Schön, Kerstin, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab, gewaltsam Zugang zum Bezirksamt und begaben sich ebenfalls in das Konferenzzimmer. Die Frau Schön hatte zuvor den Staatsanwalt des Bezirkes über ihre Absicht, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Amt für Nationale Sicherheit vor Vernichtung zu bewahren, in Kenntnis gesetzt. Die Hauptforderung der in das Bezirksamt eingedrungenen Personen bezogen sich insbesondere auf die Einsichtnahme in die Archive sowie angeblich vorhandene Unterlagen zu konkreten Personen, die sich zum Teil unter den Anwesenden befanden, die Einsichtnahme in vorhandene Speicher sowie die Inaugenscheinnahme der Verkollerungsanlage und der Haftanstalt. [...] Im Beisein der erwähnten Staatsanwälte sowie von Journalisten der ‚Neue Erfurter Zeitung‘, der ‚Thüringer Neueste Nachrichten‘ sowie des ‚Volkes‘ wurde aufgrund der massiven Forderungen eine Objektbegehung realisiert."²⁴

²⁴ In: Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 613 ff.

Wappen des MfS

Das obere Bild zeigt das offizielle Wappen des Ministeriums für Staatssicherheit: An einem Gewehr mit aufgeflepptem Bajonett weht die rote Fahne mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz, dem Wappen der DDR. Das am 8. Februar 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit wurde im Sprachgebrauch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) auch als "Schild und Schwert der Partei" bezeichnet. Dies spiegelt deutlich die ihm zugedachte Rolle wider und wird im unteren Wappen verbildlicht.



Das offizielle Wappen des MfS seit Ende der 1960er Jahre



"Schild und Schwert der Partei"

Hauptdaten zu Entstehung, Entwicklung und Ende des Ministeriums für Staatssicherheit²⁵

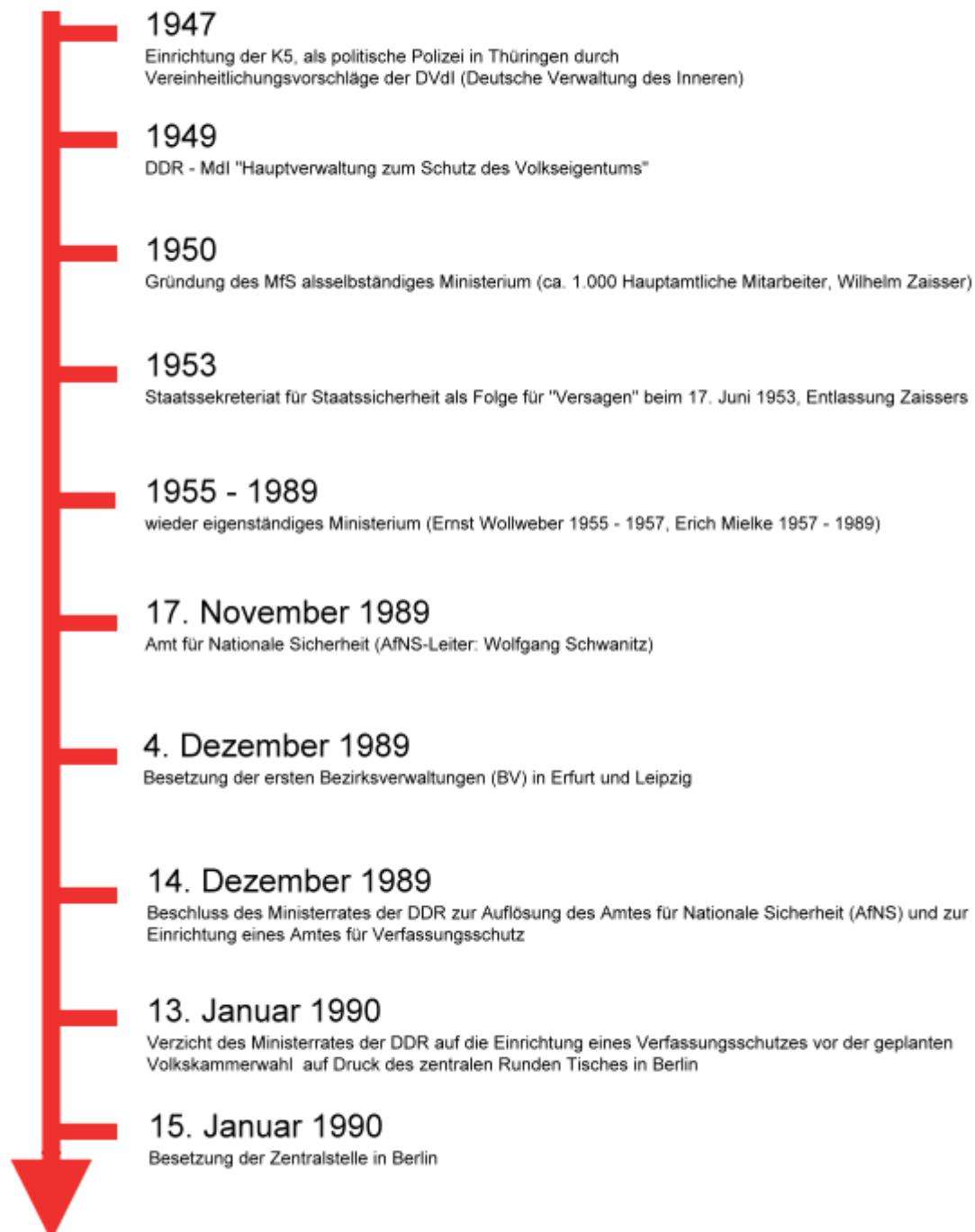
- 1945/46** Bildung von Ämtern für Information in den Landes- und Provinzialverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), Aufgaben: Propaganda, Ausforschen der Bevölkerung, Kontrolle staatlicher Organe
- 1947** Umbenennung in K5 als politische Polizei und Teil der Kriminalpolizeistruktur parallel zu Straftateinteilung, in Thüringen durch Vereinheitlichungsvorschläge der DVdl (Deutsche Verwaltung des Inneren)²⁶
- 5.5.1948** Einrichtung des Ausschusses zum Schutz des Volkseigentums auf Beschluss der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Vorsitzender des Ausschusses: Erich Mielke (zugleich weiterhin Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern)
- 7.10.1949** Gründung der DDR, Einrichtung des Ministeriums des Innern (Mdl), Eingliederung des Ausschusses zum Schutz des Volkseigentums als Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft
- 8.2.1950** Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit, Integration der Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft und der Kommissariate 5
- 16.2.1950** Ernennung von Wilhelm Zaisser (Mitglied des Politbüros) zum Minister für Staatssicherheit, Staatssekretär: Erich Mielke
- 16. 8.1951** Gründung des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN) unter der Tarnbezeichnung "Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten" auf Beschluss des KPdSU-Politbüros
- 13.5.1952** Unterstellung der Grenzpolizei unter das MfS
- 23.7.1952** Auflösung der MfS-Landesverwaltungen und Umwandlung in Bezirksverwaltungen und Schaffung von Kreisdienststellen im Zuge der Bildung der DDR-Bezirke
- 23.7.1953** Entlassung von Wilhelm Zaisser und Umwandlung des MfS in das Staatssekretariat für Staatssicherheit (StfS) im Mdl, Staatssekretär: Ernst Wollweber, Eingliederung der Auslandsaufklärung (HA XV)
- 24.11.1955** Rückumwandlung des Staatssekretariats zum Ministerium für Staatssicherheit, Minister: Ernst Wollweber, 1. Staatssekretär: Erich Mielke
- 1.5.1956** Umwandlung der HA XV des MfS zur Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), Leiter: Markus Wolf
- 1.3.1957** Die Grenzpolizei wird dem Mdl unterstellt
- 1.11.1957** Rücktritt von Ernst Wollweber, Nachfolger: Erich Mielke
- 15.12.1967** Verleihung des Ehrennamens "Feliks E. Dzierzynski" an das Wachregiment Berlin des MfS
- 3.5.1971** Erich Honecker wird 1. Sekretär des ZK der SED
- Mai 1971** Erich Mielke wird Kandidat des Politbüros des ZK der SED

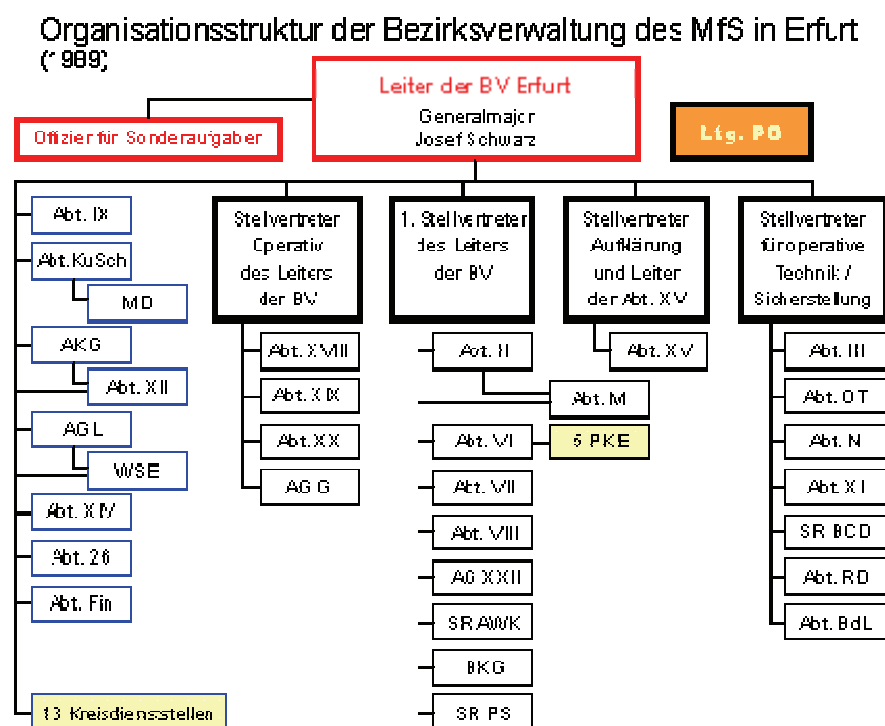
²⁵ Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit – Schild und Schwert der Partei.

²⁶ In: Herz, Andrea; Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952. Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Erfurt 2002, S. 274 ff.

- 22.6.1971** Übertragung der Leitung und Organisation der politisch-operativen Bekämpfung staatsfeindlicher Hetze an die Hauptabteilung (HA) XX und die Abteilungen XX der Bezirksämter (Dienstanweisung 2/71)
- 1976** Wahl Erich Mielkes zum Mitglied des Politbüros des ZK der SED
- 1979** Verschärfung der inneren Konspiration nach dem Überlaufen von HV A-Oberleutnant Werner Stiller zum BND
- März 1987** Bekanntgabe des Ausscheidens von Markus Wolf aus dem Dienst; Nachfolger als Leiter der HV A: Werner Großmann
- 17.11.1989** Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow, Ankündigung der Umwandlung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), Leiter: Wolfgang Schwanitz
- 4.12.1989** Erste Besetzung einer Bezirksverwaltung für Staatssicherheit durch Vertreterinnen und Vertreter der neuen demokratischen Gruppierungen in Erfurt, weitere Besetzungen der Bezirksverwaltungen folgten am gleichen Tag in Leipzig und am 5.12. in Halle und Potsdam, ab 4.12. begann die Gründung von Bürgerkomitees zur Kontrolle der Auflösung des MfS
- 14.12.1989** Beschluss des Ministerrates der DDR zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) und zur Einrichtung eines Amtes für Verfassungsschutz
- 13.1.1990** Verzicht des Ministerrates der DDR auf die Einrichtung eines Verfassungsschutzes vor der geplanten Volkskammerwahl auf Druck des zentralen Runden Tisches in Berlin
- 15.1.1990** Besetzung der MfS-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin
- 8.2.1990** Bildung des Komitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS (Beschluss des Ministerrates)

Geschichte des Staatssicherheitsdienstes



Organisationsstruktur der Bezirksverwaltung des MfS in Erfurt²⁷**Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt**

- Generalmajor Josef Schwarz
- Offizier für Sonderaufgaben
- Abteilung IX, Untersuchungsorgan
- Abteilung KuSch, Kader und Schulung
- Abteilung MD, Medizinischer Dienst
- Abteilung AK G, Auswertungs- und Kontrollgruppe
- Abteilung XII, Auskunft, Speicher, Archiv
- AG L, Arbeitsgruppe des Leiters
- WSE, Wach- und Sicherungseinheit
- Abteilung XIV, Untersuchungshaftanstalt
- Abteilung 26, Telefon-, akustische und optische Überwachung
- Abteilung Fin, Finanzen
- 13 Kreisdienststellen

Stellvertreter Operativ des Leiters der Bezirksverwaltung

- Abteilung XVIII, Sicherung der Volkswirtschaft
- Abteilung XIX, Sicherung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens
- Abteilung XX, Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund
- AG G, Arbeitsgruppe Geheimnisschutz

²⁷ aus: www.bstu.bund.de, 14.1.2008.

1. Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung

- Abteilung II, Spionageabwehr
- Abteilung M, Kontrolle des Brief-, Paket- und Telegrammverkehrs
- Abteilung VI, Passkontrolle
- 5 PKE, Passkontrolleinheiten
- Abteilung VII, Volkspolizei/Inneres
- Abteilung VIII, Observierung, Ermittlung, Festnahmen
- Arbeitsgruppe XXII, Terrorismusbekämpfung
- SR AWK, Selbstständiges Referat Abwehr im Wehrkommando
- BKG, Bezirkskoordinierungsgruppe
- SR PS, Selbstständiges Referat Personenschutz

Stellvertreter für Aufklärung und Leiter der Abteilung XV

- Abteilung XV, Auslandsaufklärung

Stellvertreter für operative Technik/Sicherstellung

- Abteilung III, Funkaufklärung und Funkabwehr
- Abteilung OT, Operative Technik
- Abteilung N, Nachrichten
- Abteilung XI, Chiffrierwesen
- SR BCD, Selbstständiges Referat Bewaffnung und Chemischer Dienst
- Abteilung RD, Rückwärtige Dienste
- Abteilung BdL, Büro der Leitung

Leitung der Parteiorganisation

Zugangsmöglichkeiten für Forscher zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Einen formlosen Forschungsantrag nach § 32 StUG kann jeder stellen, der sich der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der nationalsozialistischen Vergangenheit annimmt und seine Forschungsergebnisse veröffentlicht.

An die Art und Weise der Veröffentlichung werden keine hohen Anforderungen gestellt. Auch Vorträge (z. B. in Bildungseinrichtungen) oder Beiträge in Studenten- oder Schülerzeitungen stellen einen ausreichenden öffentlichen Bezug dar.

Bei allen Anträgen muss der Forschungsgegenstand genau beschrieben sein. Das Thema des Forschungsantrages soll einen Beitrag zur Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes bzw. der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR oder der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone leisten.

Werden Recherchen zu Personen durchgeführt, müssen die Informationen zu diesen Personen ebenfalls so genau wie möglich sein. Angaben wie Geburtsdatum und -ort, aber auch die Anschriften aus der Zeit, zu der recherchiert wird, erleichtern die Recherche. Ohne diese Informationen führt die Recherche oft nicht zum Ziel.

Die Zugangsrechte der Forscher sind im Stasi-Unterlagen-Gesetz klar definiert.

So können Unterlagen herausgegeben werden, die keine personenbezogenen Informationen enthalten, wie etwa Unterlagen zur Struktur des MfS und Dienstanweisungen. Zur Verfügung werden auch Kopien von Unterlagen gestellt, in denen personenbezogene Angaben anonymisiert wurden.

Unterlagen mit Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger in Ausübung ihres Amtes werden vor der Einsichtnahme auf die schutzwürdigen Persönlichkeitsrechte geprüft und gegebenenfalls anonymisiert.

Herausgegeben werden ebenfalls Unterlagen zu Mitarbeitern und Begünstigten des Staatssicherheitsdienstes, soweit es sich nicht um Tätigkeiten vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat. Auch bei diesen Herausgaben müssen überwiegend schutzwürdige Interessen der Personen gewahrt bleiben.

Unter dem besonderen Schutz des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen die Unterlagen von Betroffenen, also Opfern des Staatssicherheitsdienstes. Beantragen Forscher solche Unterlagen, müssen schriftliche Einverständniserklärungen der Betroffenen vorgelegt werden, wenn auf Anonymisierungen verzichtet werden soll.

Für Schüler und Lehrkräfte empfiehlt sich eine rechtzeitige Antragstellung und Absprache zu Inhalt und Umfang des Forschungsantrages.

Eine Auswahl der lieferbaren Titel aus der Publikationsreihe der Behörde, Stand 2011

Abteilung Bildung und Forschung

MfS-Handbuch

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 408 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-27-1

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe: Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-16-5

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-05-9 **(nur als PDF-Datei verfügbar)**

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-30-1

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-24-0

Reinhard Buthmann: Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann; Frank Joestel: Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, Teil III/9, 65 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-11-0

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-04-2

Hanna Labrenz-Weiß: Die Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-17-2 **(nur als PDF-Datei verfügbar)**

Monika Tantzsch: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-07-3

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach; Matthias Braun; Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz; Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, "politischer Untergrund", 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann; Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00€, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr (mit Karte des Stützpunktsystems), 245 S., Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A: Aufgaben – Struktur – Quellen, 355 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-15-8

Dokumente (Reihe A)

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-36-3

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-38-7

Analysen und *Berichte* (Reihe B)

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-43-1

Bodo Wegmann; Monika Tantzsch: Soud: Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von "Republikflucht", 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-46-2

BF *informiert*

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-53-0

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-58-5

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-59-2

Holger Horsch: "Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?" MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: "Der Gegner hat Kraft". MfS und SED im Bezirk Rostock (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-62-2

Eberhard Stein: "Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen!" MfS und SED im Bezirk Erfurt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-63-9

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-65-3

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, (26/2005), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-67-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-68-4

Einzelpublikation

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem BStU

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, 120 S. Schutzgebühr 2,00 €

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM Bad Berka) in Zusammenarbeit mit dem BStU: Fluchtgeschichten. Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Bad Berka 2001, Schutzgebühr 2,00 €

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien: Mut zum Widerstand. Materialien Heft 69, Bad Berka 2002, Schutzgebühr 2,00 €

Außenstelle Erfurt

Petra Saar; Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-942130-88-2

Sachbuch

Bernd Eisenfeld; Roger Engelmann: 13.8.1961: Mauerbau, Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczuk: "17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR". Ursachen – Abläufe – Folgen. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 312 S., Berlin 2003, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-385-6

CD-ROM

"Die Aufarbeiter" Ein Blick in die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde, Schutzgebühr 2,00 €

DVD

Doppel-DVD: **"Revisor"**. Überwachung, Verfolgung, Inhaftierung durch das MfS: Ein Fallbeispiel für den Unterricht. BStU für Schulen. Quellen für die Schule 4, Film-DVD eines Stasi-Lehrvideos und Bildungs-DVD mit Begleitmaterial, Redaktion: Axel Janowitz, Gudrun Krauß, Hans-Peter Löhn, Andreas Schiller, Unterrichtseinheit: Tobias Schmuck, Koblenz 2008, Schutzgebühr 4,00 €

"Ein Volk unter Verdacht" – Die Staatssicherheit der DDR, Ein Unterrichtsfilm des BStU für Schüler und Schülerinnen aller Schultypen ab der 9. Klasse, Regie: Franziska Schlotterer, Zusätzlich zu dem 40-minütigen Dokumentarfilm enthält die DVD Materialien zur Vor- und Nachbereitung der Thematik im Unterrichtsgespräch, Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 €

Geschichte und Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde. Filme – Interviews – Stasi-Akten – O-Töne, DVD-ROM, 2., erg. Aufl., Berlin 2011, kostenlos erhältlich

Ein neues Multimedia-Angebot der Stasi-Unterlagen-Behörde. In Filmen, Audiodateien, Interviews, PDF und Buchauszügen werden Geschichte und Arbeit des BStU veranschaulicht, darunter zahlreiche Zeitzeugnisse aus dem Herbst '89 und Auszüge aus Stasi-Unterlagen.

Kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

Zweiter bis Zehnter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz, StUG) vom 20. Dezember 1991

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 128 S., 8. Aufl., Berlin 2007

Entscheidungen gegen das Schweigen, 15. Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, Berlin 2007

Das "**Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden**" ein Reader zu den gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin 2010 (ohne CD), hg. von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Redaktion: Reiner Schiller-Dickhut, Bert Rosenthal (BStU)

Die vorgenannten Publikationen des BStU, wie MfS-Handbuch, Dokumente (Reihe A), Analysen und Berichte (Reihe B), BF informiert, Sachbücher als Softcover-Ausgabe, werden Multiplikatoren, Schülern, Studenten und Bildungseinrichtungen gegen eine ermäßigte Schutzgebühr auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Viele Publikationen sind auch als PDF-Download unter www.bstu.de/Publikationen zu finden.

Bestellungen sind zu richten an:

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin

E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Telefon: (030) 2324 8803
(030) 18 665 8803 (IVBB)

Fax: (030) 2324 8809
(030) 18665 8809 (IVBB)

Verwendete Literatur

Achter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 2007

Herz, Andrea; Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952. Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt – Andreasstraße. Erfurt 2002, S. 274 ff.

Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt – Zeitzeugenberichte. Hg.: TLStU; Gesellschaft für Zeitgeschichte. Erfurt 2004

Fritsche, Susanne: Die Mauer ist gefallen. München, Wien 2004, 145 S.

Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei; Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000, S. 96 ff.

Koop, Volker: "Den Gegner vernichten": die Grenzsicherung der DDR. Bonn 1996

Stein, Eberhard: Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen. MfS und SED im Bezirk Erfurt. Hg. BStU (BF informiert Nr. 22). Berlin 1999

Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 613 ff.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur: Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, 423 S., Berlin 1998